

➔ Seite 4

Winfried Willems über Qualität der Schulen ...

➔ Seite 6

Menschen bei den Reformen mitnehmen

➔ Seite 7

Europa gelingt nur gemeinsam

➔ Seite 11

Bürgerarbeit - auch ein Projekt für Magdeburg?!

➔ Seite 12

CDU-Fraktion vor Ort bei KID, Lukasklause ...

➔ Seite 14

Hoffnung für Schiffshebewerk Rothensee

➔ Seite 15

Familienministerium fördert Initiative ...

Sparen ja, aber mit Weitblick!

Die Finanzsituation der Landeshauptstadt Magdeburg kann wohl zu recht als dramatisch bezeichnet werden. Allein in diesem Jahr gibt es im Verwaltungshaushalt ein Defizit von rund 112 Millionen Euro. Nun hat das Landesverwaltungsamt als Kommunalaufsicht der Landeshauptstadt harte Auflagen für die Genehmigung unseres Haushaltes gegeben.

Zum einen soll die Landeshauptstadt durch zusätzliche Konsolidierungsmaßnahmen, also Sparanstrengungen, bis 2010 das strukturelle Defizit auf Null bringen und zum anderen soll der bis dahin aufgebraute Fehlbedarf von 214 Millionen Euro bis 2015 komplett abgebaut sein. In der Konsequenz bedeutet dies, dass jährlich noch einmal 20 Millionen Euro mehr als bisher geplant eingespart werden müssen. Desweiteren wurden der Stadt für Investitionen erhebliche Schranken gesetzt. So dürfen nur solche Maßnahmen durchgeführt werden, die rechtlich zwingend, vertraglich gebunden, unabweisbar (z.B. bei Sturmschäden an Schulen) oder mit mindestens 70 Pro-

zent Fördergeldern ausgestattet sind.

Das verfassungsrechtlich vorgeschriebene Konnexitätsprinzip wird vielfach nicht eingehalten. Nach diesem Prinzip dürfen Bundes- und Landesgesetzgeber nur insoweit Aufgaben auf die Kommunen übertragen, als sie zugleich deren Finanzierung absichern.

Ein Paradebeispiel dafür ist das Hartz IV Gesetz, wo es ständig Nachbesserungen in den vergangenen Monaten gegeben hat, um die Kommunen ein wenig zu entlasten. Seit Jahren mahnen wir als Fraktion an, endlich eine faire Reform der Kommunalfinanzen in Angriff zu nehmen. Aber eine Reform, die dafür sorgt, dass ein erhöhtes Steueraufkommen der Kommunen zu Lasten von Bund und Ländern geht, nicht zu Lasten der Bürger in den Kommunen! Die Kommunen, gleich welcher politischen Couleur, sind am kürzeren Hebel gegenüber Bund und Ländern.

Zu Recht hat der Oberbürgermeister darauf hingewiesen, dass die sinkenden Zuweisungen des Lan-



des einen erheblichen Beitrag zu dieser Situation geleistet haben. So sinken die Zuweisungen im Vergleich zu den Planungen 2006 im Jahr 2007 um 16 Millionen Euro. Seit dem Amtsantritt des jetzigen Oberbürgermeisters hat die CDU-Ratsfraktion in den Beratungen zu den Haushalten mehr als 100 Einsparvorschläge gemacht. Dabei waren solche Vorschläge wie z.B. einen Haustarifvertrag für die Stadtverwaltung zu prüfen, Privatisierungen im Bereich der Stadtbeleuchtung und der Lichtsignalanlagen, des kommunalen Gebäudemangements sowie Zentralisierung des kommunalen Marketings in der Stadt vorzunehmen.

weiter auf Seite 2

Geschlossenheit und Disziplin - Fraktionsarbeit ist Teamarbeit

Am 13. März hat die CDU-Landtagsfraktion ihre Führung für den Zeitraum bis zum Ende der Legislaturperiode gewählt. Als Fraktionsvorsitzender wurde Jürgen Scharf bestätigt. Er setzte sich gegen den rechtspolitischen Sprecher der Fraktion, Holger Stahlknecht, durch. Stahlknecht wurde zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden gewählt. Weiterer stellvertretender Fraktionschef bleibt Markus Kurze aus Burg. Das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers übt weiter Detlef Gürth aus.

Nach dieser Kampfabstimmung müssen auch künftig Sachfragen das Bild der Fraktionsarbeit prägen. An den Inhalten werden wir gemessen. Geschlossenheit und Disziplin

ist aber ebenso entscheidend für die öffentliche Wahrnehmung der Fraktion. Fraktionsarbeit ist Teamspiel. Jeder einzelne Abgeordnete muss an seinem Platz für ein einheitliches Erscheinungsbild arbeiten. Teamgeist lässt sich nicht per Ukas verordnen.

Die Profilbildung soll jedoch durch die Fokussierung auf Querschnittsthemen, wie Aktionen gegen Extremismus, oder zu Fragen des Ehrenamt, der Demografie sowie zur Zukunft des ländlichen Raums unterstützt werden. Außerdem müssten nun verstärkt bewährte und neu entwickelte Angebote der Öffentlichkeitsarbeit umgesetzt werden (z.B. Politik+Club als regelmäßiges politisches Gesprächsforum).



Jürgen Scharf ist als Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion bestätigt worden. Das verspricht die Fortsetzung der kontinuierlichen und erfolgreiche Arbeit in der Koalition. Grundsätzlich dürfen wir für die Arbeit der nächsten vier Jahre optimistisch sein. Die CDU-Fraktion ist gut aufgestellt, die kommenden Herausforderungen zielstrebig anzuge-

hen. Das "Dauerthema" der vergangenen Monate, die Erarbeitung eines Leitbildes zur flächendeckenden Einführung von Einheitsgemeinden muss zügig und geräuschlos bearbeitet werden. Weder die CDU noch der Koalitionspartner SPD können Preise gewinnen, wenn wir uns gegenseitig öffentlich Vorwürfe machen. Richtig ist, dass es partiell Meinungsverschiedenheiten gibt, die geklärt werden müssen. Das ist in einer Koalition aber normales Geschäft. Notwendig ist hingegen, die Beratung einer Volksinitiative im Landtag sauber vorzubereiten. Außerdem steht die Beauftragung und spätere Auswertung des Gutachtens zur Effizienz der gemeindlichen Verwaltung an. *weiter Seite 3*

Termine

April

17.04.2007, 18.30 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Straße 23

16.04.2007, 10.00 Uhr
Senioren-Union
Besichtigung des Stasi-
Dokumentationszentrums
Moritzplatz

25.04.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Hopfengarten/
Reform/Schilfbreite/Insel
Gaststätte "Fast wie
zu Hause", Ahornweg 19a

25.04.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Neustadt, Seni-
orenresidenz, Morgenstr. 11

25.04.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Sudenburg
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

25.04.2007, 18.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

26.04.2007, 18.00 Uhr
Kreisfachausschuss Kultur
Beratungsraum der
CDU-Kreisgeschäftsstelle

Mai

8.05.2007, 19.00 Uhr
Ov. Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

14.05.2007, 10.00 Uhr
Senioren-Union, Besichti-
gung Müllheizkraftwerk

15.05.2007, 18.30 Uhr
Ortsverband Olvenstedt
"Jeverstübchen",
Friedrich-Aue-Straße 23

23.05.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Sudenburg
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

23.05.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Neustadt, Seni-
orenresidenz Morgenstr. 11

25.05.2007, 17.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Sudetendeutscher Abend
Beratungsraum der CDU-
Landesgeschäftsstelle
weitere Termine Seite 3

Fortsetzung S. 1: **Sparen ja, aber mit Weitblick!**



Auf Dauer kann keine Stadt mehr Geld ausgeben, als sie an Einnahmen erzieht. Deshalb wird die Stadt Magdeburg schmerzhaft Einsparungen vornehmen müssen. Aber wo? Die Zukunft unserer Kinder darf dabei nicht verspielt werden.
Foto: Tobias Krull, Montage: Birgit Uebe

Weitere Vorschläge zu Einsparungen betrafen den Verzicht auf Investitionen wie ein Literaturhaus in Buckau (statt dessen Unterbringung der Vereine im leerstehenden Gesellschaftshaus), ein kleineres Fußballstadion (15.000 statt 27.000 Zuschauer), keinen Ausbau des Objektes am Moritzplatz, keine zusätzliche Brücke über das Schleifener, kein zusätzliches Technikmuseum in einem stark sanierungsbedürftigen Baukörper etc.

Diese unsere Vorschläge fanden aber nicht die Mehrheiten im Stadtrat.

Wie man überhaupt sagen muss, dass sich die Mehrheiten im linksorientierten Stadtrat immer zugunsten konsumtiver Ausgaben entscheiden.

Alle diese Investitionen ziehen immer neue Betreiberkosten und Nutzungskosten nach sich, die den Haushalt natürlich neben den Zinsen für den Bau über Jahre belasten.

Daneben gab es immer wieder in den vergangenen Jahren Kostenerhöhungen bei kommunalen Bauvorhaben wie z.B. dem Tunnel am Uniplatz, dem Aussichtsturm, dem Literaturhaus etc. So lässt sich ein

Haushalt natürlich solide planen. Nun macht der Oberbürgermeister auf Grund der Verfügung des Landesverwaltungsamtes Einsparvorschläge, die er in die breite Öffentlichkeit und damit in die Diskussion bringt.

Einige dieser Vorschläge finden unsere Zustimmung, andere sind es Wert darüber nachzudenken und wieder andere können wir als CDU-Ratsfraktion nur ablehnen.

Die vom Oberbürgermeister vorgeschlagene Schließung des Flugplatzes Magdeburg halten wir für unverantwortlich, die vorgeschlagene Schließung der Freibäder für katastrophal.

Wir schlagen stattdessen vor, die Zuschüsse im Elbauenpark um mindestens 1 Million Euro in jedem Jahr zu kürzen. Damit verspielen wir nicht wie bei den anderen vorgesehenen Maßnahmen unsere Zukunft.

Sollten tatsächlich alle Maßnahmen, die der Oberbürgermeister vorschlägt umgesetzt werden, würde die Zukunft der Stadt Magdeburg auf dem Spiel stehen und nicht nur das, sondern dies hätte auch Auswirkungen auf unser Land zur Folge, da Magdeburg die Landes-

hauptstadt ist. Als CDU-Fraktion werden wir uns, wie bisher in den Haushaltsberatungen, aktiv in die Diskussion zu dieser Thematik einbringen. Dazu sind auch Anregungen aus dem gesamten Kreisverband und aus den Ortsverbänden willkommen. In Abwandlung eines Wortes von J.F.Kennedy möchte ich sagen "Frage nicht danach was diese Stadt für Dich tun kann, frage danach was Du für diese Stadt tun kannst."

Ein weiterer sehr wichtiger Punkt sind die Verflechtungsbeziehungen mit dem Umland. Um die Rolle Magdeburgs auch in Zukunft zu sichern, muss auch das Land anerkennen, dass neue Formen der kommunalen Zusammenarbeit zum fairen Lastenausgleich für die Stadt Magdeburg notwendig sind, um deren Zukunftsfähigkeit als urbanes Zentrum zu sichern.

Neben diesen notwendigen Gesprächen mit der Landesregierung und den Umlandgemeinden zum fairen Lastenausgleich muss vor allem die Landeshauptstadt selbst ihre Hausaufgaben machen. Ziel muss es sein Magdeburgs Zukunftsfähigkeit zu sichern.

Reinhard Stern, Fraktionsvors.

Fortsetzung S. 1: Geschlossenheit und Disziplin ...

Wir stehen vor schwierigen Beratungen über den Doppelhaushalt 2008/2009. Hier muss die Fraktion sehr genau arbeiten. Wichtige Weichen werden gestellt. Zu berücksichtigen ist unter anderem die Reduzierung der Neuverschuldung auf 350 Mio. Euro im Jahr 2008 bzw. 150 Mio. Euro im Jahr 2009 sowie Kompensation rückläufiger Zuweisungen von Bund und EU (minus 175 Mio. Euro in 2008 / minus 199 Mio. Euro in 2009). In diesem Zusammenhang muss man auch die Neujustierung des kommunalen Finanzausgleichs im Blick haben - möglichst in Verbindung mit einer dauerhaften Lösung der Stadt-Umland-Problematik.

Bereits im laufenden Jahr wird der Bildungskonvent seine Arbeit aufnehmen, um einen Konsens über die weitere Entwicklung unseres Bildungssystems zu suchen. Die CDU-Fraktion will sich mit eigenen Themensetzungen in die Debatte einbringen und selbstbewusst Position beziehen. Wir wollen, dass der Bildungskonvent in seinen Beratungen auf die erfolgreiche Politik der vergangenen Legislatur aufbaut. Mögliche Reformen sollen nicht vor 2011 umgesetzt werden, damit die betroffenen Bildungsinstitutionen nach einer Reihe grundlegender Veränderungen zunächst Planungssicherheit haben.

Als weitere inhaltliche Aufgaben sind unter anderem die Beratung der Schulentwicklungsplanung, die zweite Stufe der Justizreform, der Fortgang der Funktional- und Behördenstrukturreformen sowie die Überarbeitung des Landesenergiekonzepts einschließlich Einordnung der Windkraft in den Energiemix zu sehen.

In vielen Landkreisen in Sachsen-Anhalt werden am 22. April neue Kreistage und Landräte gewählt. In Magdeburg bereitet sich die CDU auf die Wahl des Oberbürgermeisters im Jahr 2008 vor. Die Entscheidung über den Spitzenkandidaten soll noch vor der Sommerpause fallen. *Jürgen Scharf, MdL*

Sabine Wölfer weiter an der Spitze der FU

Anfang März trafen sich die Mitglieder der Magdeburger Frauen Union (FU) zur turnusgemäßen Neuwahl ihres Kreisvorstandes. Als CDU-Kreisvorsitzender dankte Jürgen Scharf der FU Magdeburg für ihre Arbeit und zählte sie zu den wichtigsten Stützen christdemokratischer Arbeit vor Ort. Auch die Landesvorsitzende der Frauen Union, Eva-Maria Wybrands, überbrachte herzliche Grüße und dankte dem Magdeburger Kreisverband für sein Engagement. Vor der Wahl zog die amtierende Kreisvorsitzende der Frauen Union, Sabine Wölfer, eine kurze Bilanz über die vergangenen beiden Jahre.

Zuerst dankte sie den Mitgliedern, insbesondere den Vorstandskoleginnen, für ihre ehrenamtliche Arbeit, die teilweise bis an die persönlichen Belastungsgrenzen ging. Gerade in den vergangenen Wahlkämpfen haben die Frauen in der CDU ihren Beitrag zum Erfolg geleistet. Auch in der Zusammenarbeit mit der CDU und den anderen Vereinigungen, wie der Jungen Union, wurde gute Erfahrungen gemacht.

Es wurde aber auch Kritisches angesprochen. So die Bindung der Frauen für eine längerfristige und aktive Mitarbeit in dieser Vereinigung. Ein Schwerpunkt der Arbeit des neuen FU-Kreisvorstandes ist die langfristige Vorbereitung der Kommunalwahlen im Jahre 2009.



Der neu gewählte Kreisvorstand der Frauen-Union von links: Sabine Wölfer, Nicole Dölz, Silke Buschmann, Claudia Szydzick, Brigitte Warzitz, Bärbel Bühnemann, Andrea Heber, Eva Wybrands. Es fehlen Gisela Luding und Evelyn Hübner. Foto: Tobias Krull

Dabei gilt es nicht nur Kandidatinnen zu finden, sondern auch diese für die Wahrnehmung eines Mandates zu qualifizieren. Die Frauen Union muss den Anspruch an sich selbst haben, nicht nur "Verlegenheitskandidatinnen" zu stellen, so Sabine Wölfer. Dauerthemen sind weiterhin die Mitgliederwerbung sowie die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

Bei der Wahl zur Kreisvorsitzenden wurde Sabine Wölfer einstimmig in ihrem Amt bestätigt. Die freiberufliche Versicherungsvertreterin gehört u.a. als stellv. CDU-Kreisvorsitzende zu den profiliertesten Vertreterinnen der CDU in unserer Stadt. Zu ihren Stellvertreterinnen wurden Bärbel Bühnemann und Gisela Luding gewählt.

Als Schriftführerinnen wurden Evelyn Hübner und Silke Buschmann durch die Versammlung bestimmt. Der Vorstand wird durch die Beisitzerinnen Nicole Dölz, Andrea Heber, Claudia Szydzick, Brigitte Warzitz und Eva Wybrands vervollständig.

Inhaltlich möchte sich die FU in der kommenden Zeit speziell mit der Abwanderung junger Frauen aus den "neuen" Bundesländern beschäftigen. Mit der Bitte an alle Frauen in der CDU und natürlich darüber hinaus, sich aktiv in der Frauen Union zu engagieren, beendete die wiedergewählte FU-Kreisvorsitzende Sabine Wölfer die Sitzung. *Tobias Krull*

weitere Termine

Juni

5.06.2007, 19.00 Uhr
Ov. Am Neustädter Feld
Gasthaus "Nordwest",
Baumschulenweg 58

6.06.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Hopfengarten/
Reform/Schilfbreite/Insel
Gaststätte "Fast wie
zu Hause", Ahornweg 19a

14.06.2007, 18.00 Uhr
Kreisfachausschuss Kultur
Beratungsraum der
CDU-Kreisgeschäftsstelle

21.06.2007
Senioren-Union
Fahrt nach Dresden

27.06.2007, 18.00 Uhr
Ost- u. Mitteld. Vereinigung
Beratungsraum der
CDU-Landesgeschäftsstelle

27.06.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Sudenburg
PLAZA HOTEL,
Halberstädter Straße 146

Juli

3.07.2007, 19.00 Uhr
Ov. Am Neustädter Feld
Grillfest

4.07.2007, 19.00 Uhr
Ortsverband Hopfengarten/
Reform/Schilfbreite/Insel
Gaststätte "Fast wie
zu Hause", Ahornweg 19a

August

30.08.2007, 18.00 Uhr
MIT-Wiesenfest, (GTZH)
Gustav-Ricker-Straße-62

Impressum

Herausgeber:
CDU-Kreisvorstand Magdeburg
39104 Magdeburg,
Fürstenwallstraße 17 / 4. OG
Tel. 0391 2549812
e-mail: cdu@magdeburg.de

Redaktion:
Wilfried Köhler (V.i.S.d.P.),
Tobias Krull, Thomas Nawrath
und Andreas Kern
Layout/Satz:
Birgit Uebe,
Medien- und Fotodesign
Tel. 0391 6076884
Druck:
Harzdruckerei Wernigerode
Auflage: 1.500 Exemplare
Erscheinungsweise:
viermal jährlich

Staatssekretär Winfried Willems über Qualität der Schulen,



Winfried Willems, geboren 1949 in Griethausen/Kleve, legte dort 1968 sein Abitur ab und war bis 1976 als Lehrer, Organist und Chorleiter an verschiedenen Musikschulen tätig. Gefolgt von diversen Studien, wie der katholischen Theologie, Germanistik, Pädagogik, Musikwissenschaft sowie einer weiteren Orgelausbildung absolvierte er 1975 die 1. und 1976 die 2. Staatsprüfung für das Lehramt an Gymnasien. 1993 verschrug es Willems als Oberstudiendirektor des Ökumenischen Domgymnasiums nach Magdeburg. Seit 2002 ist er Staatssekretär (Amtschef) im Kultusministerium des Landes. Winfried Willems ist verheiratet und hat fünf Kinder.

Elbkurier: Herr Willems, Sie haben das Domgymnasium aufgebaut und als dessen Leiter eine erfolgreiche Arbeit geleistet. Dann sind Sie 2002 als Staatssekretär ins Kultusministerium gewechselt. Haben Sie diesen Schritt je bereut?

Willems: Ich habe mir damals die Entscheidung nicht leicht gemacht und viele Gespräche geführt. Aber letztlich konnte ich diese berufliche Chance nicht ignorieren.

Elbkurier: Aber als Schulleiter waren Sie direkt mit den Schülern und hautnah mit den konkreten Problemen des Schulalltags konfrontiert. Das ist doch eine völlig andere Aufgabe!?

Willems: Das ist richtig. Ich bin immer gerne Lehrer gewesen und bin nicht vor dieser Aufgabe geflohen. Ich habe vor allem die Chance gesehen, auf dem Hintergrund meiner langjährigen schulischen Erfahrungen das Bildungssystem im ganzen Land mitzugestalten.

Elbkurier: Angesichts der PISA-Ergebnisse Sachsens eine große Herausforderung!

Willems: Ja sicherlich. Ich musste lernen, dass es sehr schwierig ist, die Schulwirklichkeit zu beeinflussen. In der Schule klärt man Fragen in der unmittelbaren Begegnung mit dem Menschen; ein Ministerium arbeitet zumeist auf dem Verwaltungswege. Da geht vieles verloren auf dem Weg in die Schulen, was man gerne erklären möchte.

Elbkurier: Wo haben Sie denn nach dem Hin und Her in der Schulpolitik in Sachsen-Anhalt angesetzt?

Willems: Zunächst mussten wir einige Fehlentscheidungen der rot-grünen Vorgängerregierung korrigieren, also vor allem die Gymnasialzeit wieder auf 12 Jahre verkürzen. Wir haben die Oberstufe aber nicht nur gestrafft, sondern mit der Einführung von sechs Profil- und Kernfächern zugleich profiliert. D.h. es ging uns nicht um rein organisatorische Fragen, sondern um qualitative. Dies macht nun bundesweit Schule.

Elbkurier: Aber wenn die vielen Vergleiche der Schulsysteme stimmen, dann ist Sachsen-Anhalt insgesamt kein Vorbild - oder?

Willems: Das ist richtig. Deshalb haben wir eine Vielzahl an Maßnahmen ergriffen, um z.B. die hohen Schulabbrecherquoten zu senken.

Elbkurier: Das ist bei einer Schülerzahl ohne Schulabschluss von 11,6 Prozent auch dringend nötig...

Willems: Vollkommen richtig! Wir konnten diese sehr hohe Quote mittlerweile auf 8,6 Prozent senken. Das ist immer noch zu hoch, aber wir sind auf dem richtigen Weg.

Elbkurier: Wie sieht dieser Weg weiter aus?

Willems: Wir haben z.B. die Stundentafel der Sekundarschulen zugunsten der Fächer Deutsch, Mathematik, Wirtschaft und Technik erhöht, zahlreiche Fördermöglichkeiten für Schüler eingerichtet und dabei den Schulen durchaus Freiräume ermöglicht, Schwerpunkte zu setzen, um ihren Schülern stärker gerecht zu wer-

den und die örtlichen Gegebenheiten zu berücksichtigen.

Elbkurier: Konnten davon auch die Schulabbrecher profitieren?

Willems: Für schwache Schüler wurden gezielte Förderungen eingeführt. Viele Schulen haben auch die Möglichkeit genutzt, Kontakte zur örtlichen Wirtschaft aufzubauen. Diese dienen dazu, den Schülern ein realistisches Bild des Berufslebens zu vermitteln und ihnen auch Berufspraxis verschiedener Berufe nahe zu bringen.

Elbkurier: Wie sieht das konkret aus?

Willems: Die Wilhelm-Weitling-Schule in Magdeburg hat beispielsweise eine enge Zusammenarbeit mit der Handwerkskammer aufgebaut. Dort beginnt die Berufsorientierung bereits drei Jahre vor dem Abschluss. Wenn Jugendliche im übrigen durch Praktika oder Schnuppertage von ihren potenziellen Ausbildungsbetrieben hören, wie wichtig es ist, in den Kernfächern gute Leistungen zu zeigen, dann kann das schon motivieren.

Elbkurier: Das heißt zusammengefasst, an der Schule ist alles im Lot?!

Willems: Nein, das kann man so noch nicht sagen. Wir sind auf dem richtigen Weg, aber noch lange nicht am Ziel.

Elbkurier: Wo müssen Sie noch ansetzen?

Willems: Man muss sich nur den dramatischen Schülerrückgang ansehen, um zu wissen, dass unser Schulsystem auch in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen steht. Die Schülerzahlen an den allgemeinbildenden Schulen gehen bis zum Schuljahr 2009/10 von derzeit 201.590 auf 176.500 zurück.

Elbkurier: Was bedeutet das konkret?

Willems: Das hat sehr vielfältige Auswirkungen. Wir brauchen viel weniger Lehrkräfte. 2002 hatten wir noch 17.800 Vollzeitstellen. Im Schuljahr 2009/10 bräuchten wir eigentlich nur noch 13.700. Es müssten Schulen in Größenordnungen geschlossen, Lehrer versetzt und sie zum Teil auch durch

eine zusätzliche Weiterbildung für Mangelfächer qualifiziert werden. Wir müssen jetzt schnellstmöglich ein stabiles Netz von Schulen erreichen, damit Ruhe in das System kommt und verlässliche Rahmenbedingungen geschaffen werden. Das dient auch der Motivation der Lehrkräfte, sich mit der inneren Entwicklung der eigenen Schule auseinanderzusetzen. Dabei weiß ich durchaus, dass ein Tarifvertrag, der den Lehrkräften Schutz vor Kündigungen zusichert, aber ihnen eben auch abgesenkte Beschäftigung und Vergütung zumutet, nicht immer einfach zu vermitteln ist.

Elbkurier: Also lieber jetzt einen harten Schnitt und dafür langfristige Stabilität!?

Willems: Ganz genau! Viele Eltern wollen unbedingt an ihrer Schule in unmittelbarer Wohnnähe festhalten. Das verstehe ich zwar, aber es ist nicht immer möglich!

Elbkurier: Wieso?

Willems: Nehmen Sie nur den Aspekt des Schulbaus: Wir haben in der neuen EU-Förderperiode ca. 206 Millionen Euro für ein tolles Schulbauprogramm zur Verfügung. Aber die Mittel können wir nur dort sinnvoll einsetzen, wo die langfristige Nutzung der Schulgebäude gesichert ist. Das sind wir dem Steuerzahler schuldig, meine ich.

Elbkurier: Was heißt das konkret für Magdeburg?

Willems: Die Stadt wollte bei den niedrigen Schülerzahlen in Magdeburg vier Sekundarschulen schließen. Wegen des verständlichen Widerstandes weicht die Stadt nun aber einer klaren Entscheidung aus und schreibt dem Land die Verantwortung zu. Das aber geht nicht.

Elbkurier: Und wie muss es laufen?

Willems: Zuerst muss die Stadt ihre Hausaufgaben machen und klare Prioritäten für die Zukunft setzen, sonst werden wir die Mittel aus dem Programm nicht bewilligen können. An klaren zukunftsorientierten Entscheidungen kommt die Stadt nicht vorbei.

weiter auf Seite 5

Junglehrer, Einsparpotenziale und Zukunftscluster



Staatssekretär Willems im Interview: Vehement weist er die Vorwürfe Oberbürgermeister Trümpers gegen die Landesregierung als populistische Drohungen zurück und verlangt, dass die Stadt ihre Hausaufgaben erledigt. Fotos: Birgit Uebe

Elbkurier: Ist die Freigabe der Schuleinzugsbereiche eine Lösung?

Willems: Seit 2006 besteht die Möglichkeit, Schuleinzugsbereiche freizugeben. Aber man muss auch das Problem sehen: es kann Schulbewegungen geben, die gute Standorte gefährden.

Elbkurier: Haben Sie auch die Lehrer bei Ihren Bemühungen um die Verbesserung der Schulen im Blick?

Willems: Die Lehrer sind es, die über die Qualität der Schule in erster Linie entscheiden. Dabei müssen sie sich auf vieles Neue einstellen: der Umgang mit Rahmenrichtlinien setzt Eigenständigkeit und Flexibilität voraus, weil nicht alles wie in alten Lehrplänen im einzelnen festgeschrieben ist, neue Lehrmethoden, um die Schüler an den Lernprozessen aktiv zubeziehen, sind gefragt, ganz andere Konfliktlösungsstrategien, als sie früher vielleicht noch möglich waren, sind vonnöten.

Elbkurier: Besteht die Hoffnung, dass eine neue Lehrergeneration mit neuen Methoden hier maßgebliche Verbesserungen bringt?

Willems: Wir brauchen auch gut ausgebildete neue Lehrer. Wir haben aber nur einen sehr schmalen Einstellungskorridor für

Junglehrer. Rein rechnerisch bräuchten wir erst ab 2012 Neueinstellungen vorzunehmen. Dennoch müssen wir sukzessive neue Lehrkräfte einstellen, um einen gesunden Altersquerschnitt zu erreichen und auch gezielt Mangelfächer zu besetzen. Im übrigen ist der Bedarf an den unterschiedlichen Schulformen verschieden.

Elbkurier: Zu einem anderen Themenbereich. Im Gegensatz



zu den Schulen ist die Kultur eine freiwillige Aufgabe der Gemeinden, so dass sie dem Rotstift zuerst zum Opfer fällt. Wie sehen Sie die Situation in Magdeburg?

Willems: Stadt und Land verfügen über einen ungeheuer großen kulturellen Reichtum, dessen Pflege auch viel Geld kostet. Das Kultus-

ministerium ist sich hier der Verantwortung bewusst und hat z.B. 2006 die Stadt mit ca. 11 Mio. Euro unterstützt. Dennoch ist bekanntermaßen der Spardruck bei diesen sogenannten (!) freiwilligen Leistungen hoch.

Elbkurier: Wie soll es weiter gehen?

Willems: Es wird sicherlich zu Einsparungen kommen, aber wir werden dafür kämpfen, dass es zu tragfähigen Lösungen kommt.

Elbkurier: OB Trümper hat in den Medien bereits Horrorszenarien an die Wand gemalt...

Willems: Ich kann die Finanzsorgen des OB verstehen - aber populistische Drohungen und gezielte Verunsicherungen der Bürger können keine gestaltende Politik ersetzen.

Elbkurier: Aber das Land muss doch auch ein Interesse daran haben, dass glanzvolle Ausstellungen des Kulturhistorischen Museums weiter stattfinden!?

Willems: Ganz sicher! Prof. Puhle werden wir bei seiner geplanten Ausstellung "800 Jahre Gotik in Deutschland" weiter unterstützen. Das sind unverzichtbare Leuchtturmprojekte und Werbung für unser Land.

Willems: Den Erfolg der Verlagerung des Instituts für Musik nach Halle geklappt?

Willems: Den Erfolg der Verlagerung kann man jetzt noch nicht abschließend beurteilen. Immerhin hat u.a. mein Einsatz bewirkt, dass ein Kompetenzzentrum am Konservatorium in Magdeburg entstanden ist, das wir mit 250.000 Euro unterstützen.

Elbkurier: Aber in der Öffentlichkeit ist davon noch nichts angekommen!?

Willems: Da bin ich auch nicht zufrieden. Die Stadt muss dazu ihren Teil beitragen. Das Konzept jedenfalls sieht die Verbesserung der Jugendarbeit, die Pflege der zeitgenössischen Musik und gezielte Hochbegabtenförderung u.a.m. vor.

Elbkurier: Damit sind wir bei den Hochschulen. Die Zahl der Abiturienten wird sich in wenigen Jahren halbieren. Was bedeutet das?

Willems: Wir werden die Zahl der Studienplätze im Rahmen des Hochschulpakts stabil halten. Das bringt junge Leute ins Land und ist damit eine große Chance auch für unsere Unternehmen.

Elbkurier: Wie können die Hochschulen die Wirtschaft stärker unterstützen?

Willems: Leider betreiben nur 15 Prozent der relevanten Betriebe in Sachsen-Anhalt eigene Forschung und Entwicklung. Damit fehlen den Hochschulen oft die Partner in der heimischen Wirtschaft. Trotzdem sind wir dabei, Forschungsnetzwerke im Lande aufzubauen, sogenannte Cluster, und zwar auf den sehr interessanten Zukunftsgebieten der Chemie, des Maschinen- und Anlagenbaus, der Biotechnologie und der erneuerbaren Energien.

Elbkurier: Also Solar-Valley in Sachsen-Anhalt...

Willems: Ja, sicher. Wir sind auf dem Weg dahin. Hier können die Hochschulen einerseits Unterstützung leisten andererseits aber auch für ihre eigene Forschung profitieren.

Elbkurier: Das lässt hoffen. Herzlichen Dank für das Gespräch.

MP Böhmer: "Die Menschen bei den Reformen mitnehmen"

Am 3. März trafen sich Delegierte aus ganz Sachsen-Anhalt zum 13. Landesausschuss der CDU unseres Landes in Weißenfels. Unter dem Motto "Sachsen-Anhalt - Es geht voran" wurde die "Weißenfelser Erklärung" zu den Entwicklungschancen im ländlichen Raum beraten und nach diversen Änderungsanträgen auch einstimmig beschlossen. Bevor der CDU-Landesvorsitzende Thomas Webel mit seinen Ausführungen anfangen konnte, musste er von einem bedauerlichen Vorfall berichten. Die für die Delegierten, Gäste und auch Pressevertreter angebrachten Wegweiser für diese CDU-Veranstaltung wurden durch Unbekannte demoliert bzw. zerstört. Gerade im Zusammenhang mit den anstehenden Wahlen wird die CDU eine entsprechende Anzeige erstatten.

In seiner Funktion als Landesvorsitzender wies Thomas Webel in seinem Referat auf die Bedeutung der anstehenden Kreistags-



Ministerpräsident Böhmer sieht Sachsen-Anhalt auf einem guten Weg. Die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit sinkt; damit ist die Grundlage gelegt, dass die CDU bei den Kommunalwahlen am 22. April als stärkste politische Kraft bestätigt wird. Foto: Tobias Krull

und Landratswahlen sowie den Wahlgängen in Dessau-Roßlau hin. Bei diesem Urnengang, bei dem 77 Prozent der Bevölkerung unseres Bundeslandes zur Stimmabgabe aufgerufen sind, muss die CDU ihre Funktion als kommunalpolitische Kraft erneut unter Beweis stellen. Gerade in

Zeiten knapper kommunaler Mittel sei mehr denn je bürgerschaftliches Engagement gefragt, so der Landesvorsitzende. Bezüglich des demografischen Wandels wies Thomas Webel auf die Herausforderungen hin, welcher dieser für die politisch Verantwortlichen darstellt. Was die Themen für die kommenden Wahlkampfwochen angeht, betonte er, dass man sich nicht nur auf das Thema Einheitsgemeinden konzentrieren sollte. Es müssten vor allem die Erfolge der CDU-geführten Landesregierung, wie der Abbau der Arbeitslosigkeit und das Modell der Bürgerarbeit öffentlich thematisiert werden. Was die Zusammenarbeit mit der SPD angeht, schilderte er Höhen wie Tiefen des Koalitionsalltages. Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer hielt seine Rede unter dem Titel "Demokratie lebt vom mitmachen". Er betonte wie wichtig es ist, dass die Menschen bei den anstehenden Veränderungen und Reformen mitgenommen werden. Die CDU in Sachsen-Anhalt weiß aus eigener Erfahrung, was es bedeutet das Vertrauen der Menschen und damit auch Wahlen zu verlieren, so der Ministerpräsident. Aus seiner Sicht muss die CDU es schaffen wieder Menschen für eine Mitarbeit in der Partei, auch außerhalb der klassischen Strukturen, zu gewinnen. Dazu sollen

offene themenbezogene Veranstaltungen dienen, so seine Vorstellungen.

In Fragen der neuen Kommunalstrukturen wies er darauf hin, dass nur Gemeinden mit bestimmten Größen in der Lage sind, ihre Aufgaben für die Bürger wirklich sinnvoll zu erfüllen. Was die Stadt-Umland-Problematik angeht, machte er deutlich, dass die Oberzentren im Land, wie Magdeburg, nicht vergessen werden dürfen. Gleichzeitig stellte er aber auch klar, dass sich das Land bereits erheblich bei der Finanzierung von verschiedenen Projekten, wie diversen Bauvorhaben oder Kunstfestivals, beteiligt. Auch sprach sich Böhmer gegen Zwangseingemeindungen aber für einen Ausgleich für die Großstädte aus.

Durch die Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt, Petra Wernicke, wurde die Weißenfelser Erklärung eingebracht.



Petra Wernicke, Ministerin für Landwirtschaft und Umwelt bei der Einbringung der "Weißenfelser Erklärung". Foto: Tobias Krull

Wichtigstes Anliegen des Antrags ist die Zukunftssicherung des ländlichen Raums, gerade in Zeiten knapper Kassen und rückläufiger Bevölkerungszahlen.

Dazu sollen die besonderen Chancen der Nutzung von Biomasse, der Biotechnologie und des naturnahen Tourismus genutzt werden. Damit das gelingt, soll der Infrastrukturausbau fortgesetzt und das Wohnumfeld familienfreundlicher gestaltet werden

Bärbel Bühnemann

Aus Ihrem Müll
holen wir alles
raus.

Müllheizkraftwerk Rothensee GmbH
Kraftwerk-Privatweg 7
39126 Magdeburg

Telefon: 0391/ 587-25 34
Telefax: 0391/ 587-17 64
E-mail: info@mhkw-rothensee.de
http://www.mhkw-rothensee.de

mhkw
ROTHENSEE

Wir machen die Entsorgung sicher.

Europa gelingt nur gemeinsam **Besserstellung des Ehrenamtes**

Die erste Hälfte des Jahres 2007 steht unter der Ratspräsidentschaft Deutschlands und speziell unserer Kanzlerin Angela Merkel. Diese Herausforderung wird durch viele Aktivitäten des Europäischen Parlaments und des Europarates unter-

setzt. Für mich als Mitglied des Europarates, der parlamentarischen Vereinigung der europäischen Länder, brachte die Tagung in Straßburg weitere Schwerpunktumsetzungen hinsichtlich der Annäherung der Staaten zu einer Gemeinschaft in Europa. Dazu zählen Rechtssicherheit, Stärkung der Bürgerrechte, Stärkung der Justiz und andere wichtige multilaterale Themen.

Als Mitglied des Ausschusses für Migration und des Ausschusses für Kultur und Sport ist ein Bericht über die dramatische Zuwanderung nach Italien und Spanien von besonderer Bedeutung: In diesem Falle geht es nicht nur um Migration innerhalb Europas und der dazugehörigen Integration. Hier zeigt sich, dass auch Europa im wahrsten Sinne des Worts seine "Grenzen" hat. Das bekannteste Problem für Italien sind die "Boatpeople" aus Afrika. Zu Tausenden riskieren sie die gefährliche Überfahrt und landen total erschöpft oder von der Küstenwache aufgegriffen auf den Inseln und Mittelmeerstränden. Wie geht es dann aber weiter? Viele dieser "Flüchtlinge" werden wieder nach Afrika abge-



schoben. Dieses neuerliche Problem überlagert die eigentliche Migration in Europa. Hier ist ganz klar eine Wanderbewegung von Ost nach West zu erkennen. Dabei blühen Schwarzarbeit, aber auch pure Ausbeutung. Am Beispiel Italien ist seit 2001 ein Zuwanderungssaldo von 1,4 Mio. Menschen festzustellen, wobei diese besonders aus Albanien, Rumänien, Marokko und China kamen. Insgesamt kann nur mit dem Engagement aller, d.h. der gesellschaftlichen Organisationen, der Kirchen, privater Initiativen, Schulen und vieler anderer, das Problem der Migration und Integration gelöst werden. Europa kann nur insgesamt als Kontinent und Lebensraum existieren. Dafür streiten wir im Europarat und das ist auch ein Arbeitsschwerpunkt unserer EU-Ratspräsidentschaft.

Bernd Heynemann, MdB

Doping weiter ein Thema

Der Bundestag verabschiedete kürzlich das "Gesetz zu dem Internationalen Übereinkommen gegen Doping im Sport".

Zwei Punkte sind die Kernpunkte der Dopingbekämpfung. Zum einen die Besitzstrafbarkeit und die Frage nach dem Straftatbestand des Sportbetruges. Der Ruf nach einem Anti-Doping-Gesetz wurde immer lauter, aber die Praxis hat gezeigt, dass die vorhandenen Gesetzmäßigkeiten und Instrumentarien besser genutzt werden müssen: Verschärfung des Arzneimittelgesetzes und die restriktive Durchsetzung von Dopingkontrollen und deren Strafausführungen. Ein Gesetz ist also nicht nur für den Hochleistungssport da, es trifft alle.

So würden auch die vielen Fitnessstudios bei einer Besitzstrafbarkeit in den Focus geraten und die "Schwalbe" im Strafraum beim Fußball würde eine Verhandlung wegen Betruges nach sich ziehen. Das vorliegende Gesetz fordert geeignete Maßnahmen zur Dopingbekämpfung. Diese sind umfassend umzusetzen. Denn mit der Schaffung und Verabschiedung eines Anti-Doping-Gesetzes ist nur Papier beschrieben, aber noch kein Missbrauch verhindert. Der jetzt gefundene Kompromiss sieht die schärfere Bestrafung des gewerbs- und bandenmäßigen Verstoßes gegen das geltende Verbot vor.

Bernd Heynemann, MdB

Mitglied des Sportausschusses

Die Unionsfraktion begrüßt und unterstützt die laufenden Arbeiten des Bundesfinanzministeriums an einer Reform des Gemeinnützigkeitsrechts. Hierbei darf es keinesfalls darauf ankommen, Steuerermehreinnahmen zu erzielen - ganz im Gegenteil! Es entspricht gerade dem Menschenbild der Union, dass wir solche Tätigkeiten fördern wollen, die selbstlos der Allgemeinheit dienen.

Weniger Staat und mehr ehrenamtliches Engagement bedeuten weniger Bürokratie.

Mehr Ehrenamt und Selbstlosigkeit künden von mehr Verantwortung der Menschen in diesem Staat. Daher hat sich die Unionsfraktion bei den Koalitionsverhandlungen auch vehement dafür eingesetzt, dass der Staat das bürgerschaftliche Engagement durch die Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die Beachtung der Auswirkungen auf bürgerschaftliches

Engagement bei jeder Gesetzgebung und eine gezielte Weiterentwicklung der Anerkennungskultur fördern soll.

Dazu gehört eine Reform des Gemeinnützigkeitsrechts genauso wie die Entbürokratisierung und Gewährung von Freiräumen für Kreativität und Innovation in anderen Rechtskreisen.

Mit der Weiterentwicklung des Stiftungsrechts und Steuerrechts sollten Anreize geschaffen werden, sich durch Stiftungen an der Förderung des Gemeinwohls zu beteiligen.

Wagen wir also eine umfassende Reform des Gemeinnützigkeitsrechts, damit bestehende Wildwüchse beseitigt werden können und zugleich die Bedeutung des Ehrenamts gestärkt wird.

Dazu will ich als Bundestagsabgeordneter meinen aktiven Beitrag leisten und bin für Anregungen aus der Bürgerschaft sehr dankbar.

Bernd Heynemann, MdB

Gutti's Party-Service

- Kalte Platten
- Kalte Buffets
- Warme Menüs
- Spanferkel & Krustenbraten

immer frisch & lecker

**Wir vermitteln Partyräume (25/50/80 Personen)
Partyzubehör (Tische, Stühle, Geschirr u.v.m.)**

Bestellannahme: Di-Fr 10.00-18.00 Uhr und nach Vereinbarung
Inhaber: B. Schulz, Zum Lindenweiler 45, 39110 Magdeburg
Tel. 7221326 · www.guttis-party-service.de

Vorsitzende der Fachausschüsse der CDU Magdeburg

Fachausschuss	Name, Anschrift	Telefon	E-Mail
FA1 Finanzen	Tobias Krull Schillerstraße 45 39108 Magdeburg	mobil: 0172 3210280 dienstlich: 0391 5402877	t-krull@web.de
FA2 Arbeit und Wirtschaft FA7 Wissenschaft und Forschung	Lutz Jäger Wielandstraße 21 39108 Magdeburg	privat: 0391 5582536 mobil: 0174 3154295 dienstlich: 0391 5674478	Lutz.Jaeger@web.de
FA3 Stadtentwicklung, Bau, Wohnungswesen, Mieten, Verkehr	Wilfried Köhler Fasanenstraße 17 39114 Magdeburg	privat: 0391 8114926 dienstlich: 0391 5673500	WilfriedKoeehler@hotmail.com
FA4 Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung	Bärbel Bühnemann Morgenstraße 24 39124 Magdeburg	privat: 0391 2526038	b.buehnemann@mdcc-fun.de
FA5 Recht, öffentliche Sicherheit	Tino Sorge Goethestraße 56 39108 Magdeburg	privat: 0391 2589827 mobil: 0172 3647504 dienstlich: 0391 5602020	sorge@politik-plus.de
FA6 Schul-, Berufs- und Erwachsenenbildung Fa2 Sport	Andreas Schumann Am Birnengarten 21 39116 Magdeburg	privat: 0391 7336042 mobil: 0151 17016742	andreasposaunist@aol.com
FA8 Gesundheit und Soziales	Matthias Boxhorn Bebelstraße 33 a 39116 Magdeburg	privat: 0391 6225711 mobil: 0177 5621604	boxhorn@imail.de
FA9 Umwelt	Kerstin Koch Ahornweg 6 39120 Magdeburg	privat: 0391 6200316 mobil: 0151 15520185 dienstlich: 0391 5673268	
Fa1 Kultur, Erholung, Touristik	Dr. Beate Bettecken Taubenweg 5 39114 Magdeburg	privat: 0391 8116416 mobil: 0160 90712846 dienstlich: 0391 5328152	Bettecken@t-online.de bettecken@ibg-vc.de

Besser für die Menschen.



CDU

Mitglieder der CDU-Ratsfraktion der Landeshauptstadt

Name	Telefon	Kommunalwahlbereich
Ratsfraktionsvorsitzender Reinhard Stern	dienstlich: 0391 6103220 mobil: 0152 01577090	Herrenkrug, Werder, Brückfeld, Berliner Chaussee, Cracau, Prester, Pechau, Randau-Calenberge
stellv. Ratsfraktionsvorsitzender Gunter Schindehütte	privat: 0391 6211693 mobil: 0171 7042374	Reform, Hopfengarten, Beyendorfer Grund
stellv. Ratsfraktionsvorsitzender Wigbert Schwenke, MdL	privat: 0391 6313170 mobil: 0171 324 6832	Stadtfeld-West, Diesdorf, Ottersleben
Beisitzer im Ratsfraktionsvorstand Hubert Salzborn	privat: 0391 2510346	Neue Neustadt und Neustädter Feld
Vorsitzender des Stadtrates Jens Ansorge	dienstlich: 0391 5402931 dienstlich: 0391 8112639	Herrenkrug, Werder, Brückfeld, Berliner Chaussee, Cracau, Prester, Pechau, Randau-Calenberge
Michael Heendorf	dienstlich: 0391 5402871	Altstadt, Alte Neustadt
Gerhard Heini	dienstlich: 0391 5673826 mobil: 0151 11227831	Leipziger Straße, Buckau, Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Beyendorf-Sohlen
Bernd Heynemann, MdB	dienstlich: 0391 5557697 dienstlich: 0391 2549816 privat: 0391 6314248	Altstadt, Alte Neustadt
Bernd Reppin	privat: 0391 7362354 mobil: 0178 6430028	Stadtfeld-West, Diesdorf, Ottersleben
Johannes Rink	privat: 0391 2510716	Neustädter See, Kannenstieg, Sülzegrund, Industriehafen, Gewerbegebiet Nord, Barleber See und Rothensee
Frank Schuster	dienstlich: 0391 5433561 privat: 0391 6227866 mobil: 0177 3134626	Reform, Hopfengarten, Beyendorfer Grund
Eberhard Seifert	privat: 0391 6225048 mobil: 0160 93203023	Sudenburg, Lemsdorf
Uta Siedentopf	privat: 0391 7222467 mobil: 0177 4131120	Großer Silberberg, Nordwest, Alt und Neu Olvenstedt
Claudia Szydzick	mobil: 0178 2086792	Altstadt, Alte Neustadt
Thomas Veil	dienstlich: 0391 5675401 privat: 0391 7314994	Stadtfeld-Ost

Die ehrenamtlichen Ratsmitglieder werden vom Ratsfraktionsgeschäftsführer Reinhard Gurcke, der Fraktionsmitarbeiterin Renate Röhr und dem Fraktionsassistenten Tobias Krull in ihrer Arbeit unterstützt.

Alle Mitglieder der CDU-Ratsfraktion sind über die Geschäftsstelle:

Altes Rathaus, Alter Markt, 39090 Magdeburg

Telefon: 0391 5402871

E-Mail: cdu_fraktion@stadt.magdeburg.de

zu erreichen. Weitere Details zu den CDU-Stadträtinnen und Stadträten finden sich auf der gemeinsamen Internetseite von CDU-Kreisverband und CDU-Ratsfraktion (www.cdu-magdeburg.de).

Erfolgreiche Spendenaktion und guter Start 2007 geglückt



Spendenübergabe an den Blutspendeförderverein. Im Bild von links: Jens Burkart (GF Magdeburger Gastro Konzept GmbH), Nadine John, Monika Eckert, Horst Eckert (Vorsitzender des Fördervereins), Tobias Krull (JU-Kreisvorsitzender), Marc Mallosek, Freya Gergs und Florian Bühnemann. Foto: Mengert-Ulrich

Das Jahr 2006 endete für die JU Magdeburg offiziell mit der Übergabe der Ergebnisse der Spendensammlung für den guten Zweck. Insgesamt konnten 1600 Euro an den Magdeburger Förderkreis krebskranker Kinder und den Förderverein für das Blutspendewesen in Magdeburg übergeben werden. Die Gelder

wurden bei verschiedenen CDU-Veranstaltungen, in der CDU-Ratsfraktion und vor allem bei einem Glühweinverkauf, unterstützt durch die Magdeburger Gastro Konzept GmbH, gesammelt.

Als Junge Union haben wir uns aktiv gegen den politischen Missbrauch des Gedenkens an die

Opfer des 16. Januar 1945 eingesetzt. Wir gehörten nicht nur zu den Erstunterzeichnern eines Aufrufs für eine Menschenkette rund um den Westfriedhof sondern nahmen auch aktiv daran teil.

Im Rahmen der freundschaftlichen Beziehung zwischen den JU-Kreisverbänden Braunschweig und Magdeburg reiste eine Delegation unseres Verbandes in unsere niedersächsische Partnerstadt. Bei der dortigen Schnitzelparty, die von der JU und den CDU-Ortsverbänden organisiert wird, wurde u.a. die weitere Zusammenarbeit zwischen unseren Verbänden besprochen.

Auch bei einem Gesprächsabend mit den Jungen Liberalen Magdeburg ging es um Fragen der Kooperation. Daneben wurde der dringende Reformbedarf der sozialen Sicherungssysteme intensiv diskutiert. Ausgespart

wurden aber auch nicht Streitthemen wie die Zukunft der Wehrpflicht. Eine Würdigung erfuhr die Homepage der JU-Magdeburg (www.ju-md.de) durch den Bundesverband der Jungen Union. Bei einem Test errang diese Platz 13 bei der Bewertung von 115 Internetauftritten.

Thematisch wollen wir uns als Junge Union vor allem mit dem demografischen Wandel und seine Konsequenzen für die Landeshauptstadt auseinandersetzen. Vor welchen Herausforderungen stehen die politischen Akteure in einer Stadt, die laut Bertelsmann-Studie zum Demografiertyp "schrumpfende und alternde ostdeutsche Großstädte" gehört? Mit dieser und anderen Fragen wird sich die JU intensiv auseinandersetzen.

Wer diese Arbeit oder uns bei unseren Aktivitäten unterstützen möchte, ist herzlich eingeladen.

Tobias Krull, JU-Kreisvorsitzender

Studentisches Leben ist mehr als Studium und Ausbildung

Was kann man sich unter einem Studentenleben so vorstellen? Beim Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten gehört auch die aktive Teilhabe am gesellschaftspolitischen Leben mit dazu.

Neben den montäglichen Stammtischen ist vor allem die Mitarbeit in den diversen studentischen Gremien das Fundament unserer inhaltlichen Arbeit. So brachten die RCDS-Mitglieder verschiedene Anträge in den Studentenrat der Otto-von-Guericke Universität ein. So beispielsweise zur Einrichtung eines Sozialfonds für junge studentische Eltern. Damit sollte auch der Studentenrat als Vertreter aller Studenten seinen Beitrag zur Steigerung der Familienfreundlichkeit der Hochschule leisten. Leider wurde unser Anliegen durch die StuRa-Mitglieder, vor allem linker Hochschulgruppen, abgelehnt. Dagegen fanden sich Mehrheiten für die RCDS-Anträge zum Beitritt zum Netzwerk für Demokratie und Toleranz und zur Veröffentlichung der StuRa-Tagesordnungen im Internet und hochschulintern.



Mitglieder des Rings-Christlich-Demokratischer-Studenten gemeinsam mit bulgarischen Studenten vor dem Landtag von Sachsen-Anhalt. Foto: Tobias Krull

Natürlich ist eine Organisation wie der RCDS auch auf inhaltliche Impulse von außen angewiesen. So wurde ein Landtagsbesuch unter dem Motto "Europäische Integration - Bulgarien und Sachsen-Anhalt als europapolitische Akteure" organisiert. Hierfür konnten der CDU-Abgeordnete Nico Schulz und sein SPD-Kollege Tilmann Tögel, der auch Vor-

sitzender der Deutsch-Bulgarischen-Gesellschaft Sachsen-Anhalt ist, gewonnen werden. Besonders interessant war die Diskussion auch deshalb, weil bulgarische Studenten der hiesigen Universität daran teilnahmen.

Es gibt aber auch einige personelle Veränderungen. So trafen sich vor kurzem die Mitglieder

des RCDS an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) zur Neuwahl ihres Vorstandes.

Als neue Gruppenvorsitzende wurde die 21jährige Studentin der Technischen Betriebswirtschaft, Jana Lesniak, gewählt. Ihr zur Seite stehen als Schatzmeister der Maschinenbaustudent Thomas Hoppe und als Stellvertreter Stephan Pohl (Student Industriedesign).

Der Ring-Christlich-Demokratischer-Studenten sieht seine Hauptaufgaben in der Verbesserung der Studienbedingungen für unsere Kommilitonen und die Beratung in fast allen studentischen Fragen. Besonders wichtig ist uns in diesem Zusammenhang auch die enge Kooperation mit der Jungen Union und der CDU. Für unsere Stadt besteht mit den Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen die Chance, sich als Standort für Zukunftstechnologien zu profilieren. Diesen Prozess wollen wir nach Kräften unterstützen.

*Daniel Gerlich
RCDS-Gruppenvorsitzender
OvG-Uni Magdeburg*

Bürgerarbeit - auch ein Projekt für Magdeburg?!



Die Kreisvorsitzende der Frauen-Union, Sabine Wölfer, im Gespräch mit Dr. Reiner Haseloff, Minister für Wirtschaft und Arbeit, am Rande des 13. Landesausschusses der CDU am 3. März in Weißenfels.

Foto: Tobias Krull

In den vergangenen Wochen und Monaten hat das maßgeblich vom Minister für Wirtschaft und Arbeit Dr. Reiner Haseloff propagierte Konzept der Bürgerarbeit großes Interesse in der breiten Öffentlichkeit gefunden.

Daher entschloss sich der CDU-Ortsverband Schilfbreite/Hopfgarten/Reform/Insel die Bürger vor Ort in Form eines Informationsstandes über die Hintergründe dieses Vorhabens aufzuklären.

Was war der Anstoß für das Konzept "Bürgerarbeit"?

Trotz der jüngsten erfreulichen Entwicklung der Arbeitslosenzahlen in Deutschland und in Sachsen-Anhalt ist der Anteil der Langzeitarbeitslosigkeit unverändert hoch.

Neue Technologien mit veränderten Anforderungen an die Fähigkeiten der Mitarbeiter führen zu einem immer strafferen Auswahlprozess, der in der Konsequenz zur Folge hat, dass eine große Anzahl an Arbeitssuchenden nicht mehr auf dem Arbeitsmarkt einmünden wird.

Die persönlichen und gesellschaftlichen Folgen dieser Entwicklung sind gravierend und stellen alle Arbeitsmarktpartner vor große Herausforderungen. Denn auch mit der Belebung der Konjunktur wird die Massenarbeitslosigkeit, insbesondere bei Menschen mit vielschichtigen

Problemlagen, kein vorübergehendes Problem sein, sondern eine Begleiterscheinung des massiven gesellschaftlichen Wandels.

Mit den bekannten Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik, wie zum Beispiel ABM, kann dieses Phänomen erwiesenermaßen nicht nachhaltig bekämpft werden. Aus diesem Grund sind neue Wege in der Arbeitsmarktpolitik erforderlich.

Was ist "Bürgerarbeit"?

Mit dem vorliegenden Konzept, das im "Magdeburger Kreis" durch die Landesregierung von Sachsen-Anhalt und die Regionaldirektion Sachsen-Anhalt/Thüringen der Bundesagentur für Arbeit erstellt wurde, soll ein neuer Weg zur deutlichen Verbesserung der Arbeitsmarktsituation beschritten werden.

Folgende Grundidee liegt dem Konzept der "Bürgerarbeit" zugrunde: Arbeitslose, die nicht direkt oder durch den Einsatz eines arbeitsmarktpolitischen Instrumentes in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, erhalten einen nicht befristeten Vertrag mit Einsatzgebieten im gemeinnützigen Bereich. Das bedeutet, dass eine zusätzliche und im öffentlichen Interesse begründete, den Fähigkeiten und Kenntnissen des Einzelnen weitgehend entsprechende Tätigkeit im öffentlichen Bereich vermittelt wird.

Nach einem vierstufigen Verfahren wird allen Arbeitlosen ein auf die persönliche Situation zugeschnittenes Angebot unterbreitet. Als erster Schritt werden alle Arbeitslosen, teilweise in mehrfacher Abfolge, zu Beratungsgesprächen eingeladen. Sofern möglich, werden hiernach Vermittlungsaktivitäten in den Ersten Arbeitsmarkt gestartet. Kunden mit entsprechendem Qualifizierungsbedarf oder Problemen erhalten in einer weiteren Stufe zeitnahe Maßnahmen der Weiterbildung bzw. Trainingsmaßnahmen. Für das verbleibende Klientel erfolgt als vierte Stufe ein Angebot von Bürgerarbeit. Vorhandene Fähigkeiten und Interessen sollen, soweit möglich, Berücksichtigung finden. Desinteresse an zumutbarer Beschäftigung wird sanktioniert. Auf diese Weise kann ermittelt werden, wer wirklich arbeiten möchte.

Die Entlohnung erfolgt nach vier

verschiedenen Qualifizierungsstufen, abhängig von den Anforderungen der auszuführenden Tätigkeit. Das Bruttoentgelt für eine Tätigkeit von 30 Wochenstunden liegt dabei zwischen 675 und 975 Euro.

Eine Konfrontation von Bürgerarbeit und Beschäftigungsfeldern im Ersten Arbeitsmarkt ist auszuschließen. Ausgeführt werden nur Arbeiten im gemeinnützigen Bereich, die ansonsten nicht erledigt würden.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem Pilotversuch in der Lebenshilfe Werk Magdeburg gGmbH und den Flächentests in Bad Schmiedeberg und Barleben sind äußerst vielversprechend.

Auch die beschäftigten "Bürgerarbeiter" geben eine rundum positive Resonanz. Ein deutlicher Zugewinn von Motivation und Selbstvertrauen gibt ihnen zusätzliche Impulse, auch den Ersten Arbeitsmarkt im Blick zu behalten. Qualifikationen können erhalten und wieder aufgebaut werden, gesundheitliche und soziale Folgekosten der Arbeitslosigkeit sinken. Die Reduzierung von Schwarzarbeit ist ein weiterer nicht zu unterschätzender Effekt.

Für Magdeburg gibt es noch keinen konkreten Termin für die Einführung der "Bürgerarbeit". Sollten sich aber die bisherigen guten Erfahrungen mit diesem Instrument bestätigen, ist es wohl nur eine Frage der Zeit bis es auch in unserer Stadt "Bürgerarbeit" geben wird. *Sabine Wölfer*



Autohaus
Plomitzer

Preis kann jeder.
... der Service macht's.

Silberbergweg 9 • 39128 Magdeburg
Tel: 0391 - 300 410
Pallasweg 8 • 39118 Magdeburg
Tel: 0391 - 610 830
e-mail: info@autohaus-plomitzer.de

Wir haben für Sie geöffnet:
Mo.-Fr. 7.00-19.00 Uhr • Sa. 8.00-14.00 Uhr

1 Name 2 Standorte.

www.autohaus-plomitzer.de

Fraktion vor Ort bei KID, Lukasklause und Fürstenwall

Natürlich ist für die CDU-Ratsfraktion das Alte Rathaus der wichtigste Ort für die kommunalpolitische Arbeit. Es ist aber bereits gute Tradition, sich auch vor Ort über aktuelle Entwicklungen zu informieren. So gab es vor kurzem eine Fraktionssitzung in den neuen Räumlichkeiten der Kommunalen Informationsdienste Magdeburg GmbH (KID) am Alten Markt. Die KID GmbH ist ein moderner kommunaler IT-Dienstleister, der im Spannungsfeld zwischen weiter steigenden Anforderungen von Seiten der Nutzer und der schlechten Finanzausstattung der Kommunen steht. Durch den Geschäftsführer des Unternehmens, Dr. Michael Wandersleb, wurden aktuellste Informationen zum Stand verschiedener Projekte des Unternehmens gegeben, so zum elektronischen Verfahren der Meldebehörden XMeld und zu den Lösungen zur Überführung der kommunalen Finanzbearbeitung hin zur kaufmännischen Buchführung. Gerade in Fragen modernster Informationstechnik ist eine interkommunale Zusammenarbeit unabdingbar. Leider ist in Sachsen-Anhalt hier das Mögliche noch nicht erreicht worden. Zwar gibt es erste



Eckhart Peters (rechts), Leiter des Stadtplanungsamtes, erläutert der CDU-Fraktion die freigelegten Anlagen der Festung Kleve. Foto: Tobias Krull

positive Schritte, aber aus Sparsamkeitsgründen und aus Gründen der Effizienz ist das vorhandene Potential noch stärker als bisher auszunutzen.

Anfang März besuchten wir die Arbeiten an den freigelegten Festungsanlagen im Bereich des Fürstenwallparks und verschafften uns einen Eindruck über den derzeitigen Stand dieses Projektes.

Neben der Besichtigung des nun beräumten Förderers (einer Art Versorgungstunnels) wurden auch einige Anlagen der ehemaligen Festung

Kleve besichtigt. Die CDU-Ratsfraktion wurde dabei vom Stadtplanungsamtsleiter Dr. Eckhart Peters und Frank Schuster vom Bauunternehmen Paul Schuster GmbH sachkundig geführt. Übereinstimmend wurde die Meinung geäußert, dass der Öffentlichkeit schnellstmöglich der Zugang zu den freigelegten Anlagen gewährt werden soll.

Am gleichen Tag besuchten Mitglieder der CDU-Ratsfraktion auch die Otto-von-Guericke-Gesellschaft in der Lukasklause. Der Geschäftsführer des Vereins, Dr. Manfred Tröger,

erläuterte die Aufgaben der Gesellschaft, die mehr als 350 Mitglieder aus dem In- und Ausland zählt. Neben der Betreuung der Lukasklause als Museum über das Leben und das Wirken Otto von Guericke, dem Betrieb der historischen Schiffsmühle am Petriförder gehört auch die Betreuung der Ausstellung im Jahrtausendturm dazu. Eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, wie die Vorführung des Magdeburger Halbkugelversuchs vor nationalem und internationalem Publikum, wird ergänzt durch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Erkenntnisse eines der größten Söhne unserer Stadt. Des weiteren wurde der derzeitige behindertengerechte Umbau der Lukasklause sowie mögliche Ausbaupläne für das Gebäude bzw. des Grundstücks bei der Besichtigung ausgiebig vorgestellt. Einig waren sich die Vertreter der Gesellschaft und der Ratsfraktion darüber, dass vor allem die Kinder und Jugendlichen Magdeburgs mit der Bedeutung Otto von Guericke für unsere Stadt und die heutige Wissenschaft vertraut gemacht werden müssen.

*Reinhard Gurcke
Fraktionsgeschäftsführer*

Herzliche Glückwünsche zum Geburtstag

Januar

Gerhard Wiederhold zum 91. Geburtstag
Rosemarie Binder zum 77. Geburtstag
Johanna Orling zum 73. Geburtstag
Horst Oeltze zum 73. Geburtstag
Karl Mawrin zum 70. Geburtstag
Lothar Jahn zum 67. Geburtstag
Dr. Ulrich-Michael Kremer zum 65. Geburtstag

Februar

Hans-Joachim Raabe zum 73. Geburtstag
Lothar Thein zum 73. Geburtstag
Benita Behrends zum 72. Geburtstag
Karl-Heinz Güssau zum 70. Geburtstag
Gudrun Habenicht zum 70. Geburtstag
H.-Wolfgang Wagner zum 67. Geburtstag

März

Wolfgang Klapper zum 83. Geburtstag
Helga Janke zum 76. Geburtstag
Josef Schwenke zum 76. Geburtstag
Helga Beleth zum 75. Geburtstag
Jürgen Bethge zum 70. Geburtstag
Ulrich Germer zum 70. Geburtstag
Lothar Henze zum 69. Geburtstag
Prof. Dr. Werner Irmer zum 67. Geburtstag
Hans-Dieter Homann 65. Geburtstag

Jugend im Parlament - Ein-Blick hinter die Kulissen Berlins

Aufgrund einer Einladung des Magdeburger CDU-Bundestagsabgeordneten Bernd Heynemann, durfte ich an dem Planspiel "Jugend im Parlament 2006" mit 307 Jugendlichen aus der gesamten Bundesrepublik teilnehmen.

Innerhalb des Planspiels wurde mir die Rolle eines Abgeordneten für den Zeitraum von vier Tagen übertragen.

Am ersten Tag kam ich nach guten zwei Stunden Zugfahrt in unserer Hauptstadt Berlin an. Das Paul-Löbe-Haus war meine erste Anlaufstelle.

Nach vielen organisatorischen Problemen von Seiten der Berliner Veranstalter wurde uns unsere neue Identität ausgehändigt. Von nun an war ich Mitglied der APD-Fraktion im Deutschen Bundestag, diese entspricht in der realen Welt der SPD. Nach den ersten Sitzungen der fiktiven Landesgruppen, die bis in den späten Abend hinein dauerten, war der erste Tag geschafft.

An den nächsten Tagen fanden ausgedehnte Sitzungen entweder in den Fraktionen oder Ausschüssen statt.

Ich arbeitete im Verteidigungsausschuss. Wir berieten über einen generellen Pflichtdienst für Männer und Frauen. Andere Ausschüsse bearbeiteten Themen wie das Rauchverbot, die Forderung eines ständigen Sitzes im Weltsicherheitsrat und die Gleichstellung von Männern und Frauen in der Privatwirtschaft. Dank ausgezeichnete inhaltlicher Arbeit der APD-Fraktion, die sich, wie sich nach kurzer Zeit herausstellte, zu großen Teilen aus CDU-Mitgliedern rekrutierte und der bequemen Mehrheit zusammen mit der Konservativen-Volks-Partei, kamen unsere Anträge gut durch die einzelnen Ausschüsse.

Nach der oft zähen und ermüdenden Arbeit blieb nur wenig Zeit, um neue Kontakte zu schließen. Doch war der Erfahrungsaustausch über die Parteigrenzen



Nachwuchspolitiker Florian Bühnemann (links im Bild) aus Magdeburg durfte für einige Tage einen Bundestagsabgeordneten in Berlin simulieren und mit Planspielen Politik gestalten.

hinweg sehr interessant für mich. Leider hatte Herr Heynemann nur begrenzt Zeit.

Aufgrund des Planspiels kann ich jetzt diese Tatsache nachvollziehen. Zum Glück blieb die Büroarbeit uns "Jungparlamentariern" erspart. Seine Sekretärin fand aber eine passende Lösung. Sie nahm mich auf einen Rundgang durch den Reichstag und die

angrenzenden Bürogebäude mit und zeigte mir ihre Sicht des politischen Berlins, diese bestand aus langen verwinkelten Gängen und Treppen. Dieser Umstand zeigte mir den zusätzlichen Aufwand hinter den Kulissen der Bundespolitik

Am letzten Tag, nachdem die Gesetzentwürfe von uns im Bundestag beschlossen wurden, gab es noch eine etwa einstündige Diskussionsrunde mit Politikern aller im Bundestag vertretenden Parteien. Von der CDU war der Stellvertretende Fraktionsvorsitzende Herr Friedrich anwesend und stellte sich den Fragen der Jungparlamentarier.

Herrn Bernd Heynemann möchte ich ganz herzlich für die Möglichkeit der Teilnahme an diesem Planspiel danken.

Ich durfte nicht nur hinter die Kulissen der Bundespolitik schauen, sondern wurde für kurze Zeit ein Teil dieser verantwortungsvollen Arbeit.

Florian Bühnemann

Neuer Vorstand in Nord



Turnusgemäß hat der CDU-Ortsverband Rothensee, Neustädter See, Kannenstieg (Magdeburg-Nord) vor kurzem seinen Vorstand neu gewählt. Als Ortsverbandsvorsitzender wurde der Student Daniel Kraatz einstimmig bestätigt. Sein Stellvertreter ist weiterhin Stadtrat Johannes Rink. Beisitzer im neuen Vorstand sind Christa Müller und Klaus Steinmetz. Der neue Vorstand hat sich bereits zu den nächsten Aktionen verständigt. "Wir wollen die Rothenseer Gespräche fortsetzen und dabei weiterhin die Probleme des Stadtteils und seiner Bürger im Blick haben", sagte Daniel Kraatz. Da ste-

he momentan das Thema Recht und öffentliche Sicherheit vorn an. Aber auch in anderen Gebieten des Magdeburger Nordens wollen sich die Christdemokraten zum Fürsprecher der Bürger machen. "Demnächst sind eine Ortsbegehung und ein Informationsstand der CDU in der Straße Am Vogelgesang geplant. Wir wollen eine Schließung der Straße verhindern", ergänzte der Ortsverbandsvorsitzende.

Nach Auskunft von Daniel Kraatz trifft sich der Ortsverband immer am 1. Mittwoch des Monats um 19:30 Uhr im Tanzcafé Nordlicht, Klosterwuhne 8a. Die nächsten Treffen sind am 2. Mai und am 6. Juni geplant. Interessierte Bürger sind herzlich willkommen! Für Rückfragen steht Ihnen Daniel Kraatz (Tel. 0177 8644886) gern zur Verfügung.

b h s
bäderwellen heizungstechnik sonnenenergie

- neu- und umbau von heizungsanlagen
- wartungsarbeiten
- neu- und umbau von bädern
- u.a. alten- und behindertengerechter umbau und gestaltung
- klimatechnik
- kleinlüftungsanlagen
- alternative energien
- schwimmbadtechnik
- 24 h notdienst unter 0178 - 4755051
- sicherheitsgas-check
- reparaturleistungen

bhs Inh. Evelyn Hübner
berliner chaussee 106-112
39114 magdeburg
tel. 0391 - 5045410
fax 0391 - 5045412
e-mail: info@bhs-magdeburg.de
www.bhs-magdeburg.de

Der Kreisvorstand Magdeburg bittet alle CDU-Mitglieder ihre **aktuellen E-Mail-Adressen**, Telefonnummern und ggf. Adressänderungen an die Kreisgeschäftsstelle per E-Mail zu senden. Adresse: cdu@magdeburg.de

CDU-Mitglieder kämpfen für die Region

Wieder Hoffnung für das Schiffshebewerk Rothensee

Nachdem es in den vergangenen Monaten in Sachen Schiffshebewerk etwas ruhig gewesen war, kam mit dem Besuch des Bundestags-Verkehrsausschusses am 19. März wieder Bewegung in die Bemühungen um den Weiterbetrieb des historischen Bauwerks. Großen Anteil an dem neuen Schwung haben auch etliche Christdemokraten. Denn erst im Zusammenspiel des Bundestagsmitglieds Bernd Heynemann und des Landtagsabgeordneten Wigbert Schwenke (beide auch CDU-Stadträte) kam es überhaupt zur Reise des Verkehrsausschusses nach Magdeburg.

Unterstützt wurden beide auch von Landtagspräsident Dieter Steinecke, der als Vereinsvorsitzender des Blauen Bandes aus erster Hand Argumente der Wassersportler und Touristen liefern konnte, sowie von Peter Fechner als Geschäftsführer der "Weißen Flotte Magdeburg" und Reiner Riegg vom Förderverein Schiffshebewerk. Peter Fechner unterstrich, dass der fahrplanmäßige Verkehr der Fahrgastschiffe einzig durch den Weiterbetrieb des Hebewerkes



Die Region macht kräftigen Druck auf den Bund. Die Chance ist zum greifen nah, dass Stadt, Region, Land und Bund gemeinsam das historische Hebewerk erhalten.
Foto: Thomas Nawrath

abgesichert werden kann. Auch Landesverkehrsminister Dr. Karl-Heinz Daehre unterstützte diese Bemühungen mit einer flammenden Rede. Dabei stellte er auch die finanzielle Förderung des Landes für den Erhalt des Hebewerkes und weiterer technischer Denkmale ab 2008 in Aussicht.

An der Seite der Bundestagsabgeordneten war auch die Staatssekretärin Karin Roth (SPD) nach Magdeburg gekommen, um die eigentlich ablehnende Haltung des Bundesverkehrsministers zu unter-

mauern. Jedoch auch sie konnte sich dem geballten Auftreten von Vertretern der gesamten Region Magdeburg und zahlreichen Schifffahrtsexperten nicht entziehen. Denn zum Ende des Vor-Ort-Termins stellte auch sie eine finanzielle Förderung des Weiterbetriebs des Hebewerkes in Aussicht, wenn es zu einer gemeinsamen Abstimmung von Stadt, Region, Land und Bund kommt. Damit griff sie eine Idee auf, die Dieter Steinecke bereits vor Jahresfrist vorgestellt hatte: eine Stiftung zum Erhalt und

Weiterbetrieb des historischen Hebewerkes, an dem sich auch Privatpersonen und Sponsoren aus der Wirtschaft einbringen könnten. Bernd Heynemann zeigte sich - übereinstimmend mit seinen Ausschusskollegen Annette Faße (SPD) und Patrick Döring (FDP) - jedenfalls überzeugt, dass die Bemühungen Zehntausender Bürger der Region nun neue Hoffnung erhalten haben. Vor allem für die Jahre 2007/08, wenn zunächst die Kanalschleuse Niegripp und schließlich auch die Schleuse Hohenwarthe samt Kanalbrücke für Umbauten bzw. die planmäßige Revision geschlossen werden, wird der Betrieb des Hebewerkes mit hoher Wahrscheinlichkeit noch vom Bund abgesichert.

Weitere Gespräche sollen noch im Frühjahr in Berlin folgen. Parallel dazu hat MdB Bernd Heynemann für den 23. April die Mitglieder der "Arbeitsgemeinschaft Elbe" der CDU/CSU-Fraktion nach Magdeburg geladen, um die Zusammenhänge rund ums Wasserstraßenkreuz und den Hafen Magdeburg auch hier noch mal deutlich zu machen.
Thomas Nawrath

walter services plant in Magdeburg ein Ausbildungszentrum

Gemeinsam besuchten die Magdeburger CDU-Landtagsabgeordneten Jürgen Scharf, Wigbert Schwenke und Landtagspräsident Dieter Steinecke Magdeburgs größten privaten Arbeitgeber, das Dienstleistungsunternehmen walter services in der Lübecker Straße. Nach Auskunft des Geschäftsführers der walter services Holding GmbH, Dr. Richard Brodkorb, beschäftigt das Unternehmen in seinen Call- und Servicecentern in Magdeburg aktuell 2300 Mitarbeiter. Europaweit hat die Unternehmensgruppe mehr als 7000 Mitarbeiter und erwirtschaftete im Vorjahr rund 180 Millionen Euro Umsatz.

Aufgrund der anhaltenden Dynamik der Branche sucht walter services händeringend zusätzliche Mitarbeiter.

Geschäftsführer Brodkorb unter-

strich das Interesse des Unternehmens an dauerhaften Arbeitsverhältnissen. "Junge Leute bekommen bei uns eine Chance. Wenn sie sich bewähren, dann bieten wir ihnen auch eine Berufsausbildung an", erläuterte Brodkorb. Neben klassischen kaufmännischen Berufen zählt dazu seit September 2006 auch die Ausbildung zum Dialogmarketing-Kaufmann. "Momentan läuft dazu ein Pilotversuch. Doch wir haben uns in der Geschäftsführung darüber verständigt, dass Magdeburg wohl künftig unter unseren deutschen Standorten ein Ausbildungszentrum für diesen neuen Beruf erhalten wird", so Brodkorb. Angesprochen auf das Lohnniveau für die Kundenbetreuer und Vertriebsmitarbeiter in den Callcentern informierte der Geschäftsführer darüber, dass walter servi-



Im Bild von links: Geschäftsführer Jörg Hendschke, Landtagspräsident Dieter Steinecke, CDU-Fraktionsvorsitzender Jürgen Scharf, Gerhard Häusler (Büro des MdB Bernd Heynemann), Geschäftsführer Dr. Richard Brodkorb, Geschäftsführer Christian Struy, MdL Wigbert Schwenke und ein Mitarbeiter von walter services in Magdeburg.
Text/Foto: Thomas Nawrath

ces als einziges deutsches Unternehmen der Branche einen Tarifvertrag mit der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di vereinbart hat: "Unsere Mitarbeiter erhalten einen

Grundlohn von mindestens 7,15 Euro und dazu individuelle Leistungsprämien von durchschnittlich etwa 2 Euro pro Stunde", sagte Geschäftsführer Brodkorb.

Bürgerschaftliches Engagement bringt Generationen zusammen

Familienministerium fördert Initiative im Neustädter Feld

Lange Zeit hatte das Neustädter Feld in Magdeburg keinen besonders guten Namen. Leerstand, Tristesse und zunehmende soziale Probleme vieler Bewohner verschärften die Situation. Schließlich wurden die Sekundarschule und 2003 auch der Jugendklub in der Othrichstraße geschlossen.

Doch etliche Bürger haben ihr "Feld" nicht aufgegeben. Vor etwa fünf Jahren fanden sich Gleichgesinnte, um den negativen Entwicklungen entgegen zu wirken. Denn nicht nur die Häuser verfielen zusehends, auch viele Bewohner - vor allem Senioren und Alleinerziehende - litten unter den wegbrechenden sozialen Kontakten. Zur gleichen Zeit "entdeckte" die SPI-Entwicklungsgesellschaft den Stadtteil und erhielt Gelder aus dem LOS-Bundesprogramm. Stadtteilmanagerin Manuela Hasenfuß koordinierte daraufhin die Initiative der Bürger und im Frühjahr 2004 konnte das Nachbarschaftszentrum (NBZ) im früheren Jugendklub öffnen.

Auch manches CDU-Mitglied, wie etwa Stadtrat Hubert Salzborn und der Ortsverbandsvorsitzende Gerhard Häusler, engagieren sich für den Bürgertreff und die Wiederbelebung des Neustädter Feldes. "Mit dem NBZ haben die Menschen einen Anlaufpunkt. Hier kann man sich treffen und findet Unterstützung. Alles ehrenamtlich!", erläutert Gerhard Häusler. "So haben die Bürger wieder Mut gefasst und gegen viele Widerstände etwas Tolles aufgebaut. Das wollte ich so gut unterstützen, wie es ging."



Gerhard Häusler und ein Ehrenamtlicher mit der Seifenkiste „schnelle Luzie“. Fotos: Thomas Nawrath



Gerhard Häusler und Stadtteilmanagerin Hasenfuß (2. v. l.) mit einigen Ehrenamtlichen im Nachbarschaftszentrum.

Mittlerweile gibt es etwa 30 Ehrenamtliche aller Altersgruppen. Beispielsweise begannen junge Leute einfach, den älteren Bürgern Wege abzunehmen, Zeit mit ihnen zu verbringen und ihnen bei ganz alltäglichen Verrichtungen unter die Arme zu greifen. Hilfe zur Selbsthilfe, ganz unkompliziert und ehrenamtlich. Von der Stadt wurde dieses Engagement lange Zeit nicht gefördert.

Stattdessen hat nun das Ministerium von Ursula von der Leyen (CDU) das NBZ Neustädter Feld in das bundesweite Förderprogramm "Mehrgenerationenhäuser" aufgenommen. 5 Jahre soll es jährlich 40.000 Euro geben, z.B. um Mitarbeiter anzustellen oder den geplanten Ausbau der Küche zu finanzieren. Ziel des Bundesprogramms ist es, das Miteinander von Jung und Alt zu fördern und dem Auseinanderdriften der Generationen mit praktischen Maßnahmen im Stadtteil entgegen zu wirken. "Nichts anderes machen wir seit Jahren im NBZ", sagt Rex Löwe, der Vorsitzende des Bürgervereins Neustädter Feld.

Neben Angeboten für Kinder und Jugendliche treffen sich im Nachbarschaftszentrum die "mittleren Jahrgänge" ebenso wie die Senioren. Es gibt Sprach- und Tanzkurse, Eltern-Kind-Nachmittage, Seniorencafé und Babybörsen. Altersübergreifend laufen auch das Fuß-

balltraining oder die Basteleinsätze der Seifenkistenbauer.

Durch das Engagement der Bürger hat der Stadtteil enorm gewonnen. Mittlerweile sind viele Straßenzüge saniert. Andernorts hat man mit dem Abriss von Plattenbauten neue Grünflächen

ermöglicht. Und immer wieder bringt der Bürgerverein die Einwohner zusammen. So sind die Stadtteilfeste bereits legendär. Und sogar der Abriss des letzten 16-Geschossers wurde mit Volksfest und Videoshow begeistert gefeiert.

Doch auch im Alltag funktioniert das Miteinander der Stadtteilbewohner mittlerweile prächtig. So betreuen etwa 20 Ehrenamtliche die Senioren in verschiedenen Einrichtungen des Stadtteiles. "Neben der praktischen Hilfe lernt man doch auch voneinander", ergänzt Gerhard Häusler. So erfahren die Senioren auch von den Problemen, mit denen sich junge Leute heute rumschlagen müssen, egal ob in der Schule, bei der Lehrstellensuche oder im Beruf. Dieses positive Miteinander wünscht man sich auch andernorts in der Stadt. Da könnte das "Feld" mittlerweile zum Vorbild für andere werden. *Thomas Nawrath*

Farben

welt



AUSSENSTELLE

MAGDEBURG

39120 Magdeburg · Schilfbreite 3
vorab erreichbar unter:
Funk 0173 / 355 72 02 und 0172 / 343 11 06
www.harzdruck.de · info@harzdruck.de

GRAFIKDESIGN *Satz Vorstufe*
DRUCK *Weiterverarbeitung* **LOGISTIK**

Magdeburger Flugplatz - wichtig für Stadt und Region!

Seit Jahren setzt sich die CDU-Fraktion im Magdeburger Stadtrat für die wirtschaftliche Entwicklung unserer Heimatstadt ein. Unsere schlechte Haushaltslage ist u.a. auch dem Umstand geschuldet, dass es dem verantwortlichen Wirtschaftsförderer, der Stadt, bisher nicht gelungen ist, die Wirtschaftskraft in der Stadt durch gezielte Ansiedlungen ähnlich Dresden oder Leipzig zu stärken.

Der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur zu Land, zu Wasser und in der Luft ist mehr als wichtig für die Stadt und die Region.

Der Flugplatz Magdeburg ist als Verkehrslandeplatz für die Geschäfts-, Privat- und Sportluftfahrt durch den 40 km von Magdeburg entfernten Flughafen Cochstedt nicht zu ersetzen. Beschlüsse auf unseren Kreisparteitag, des Kreisvorstandes und der Stadtratsfraktion basieren auf einer Anzahl von Gutachten von Sachverständigen zur Luftverkehrs-anbindung der Stadt.

Auf einer Veranstaltung von Ansiedlern und Gewerbetreibenden des Flugplatzes Magdeburg am 3. März 2007 wurde durch diese die Bedeu-

tung des Landeplatzes Magdeburg nochmals hervorgehoben. Der Vorschlag des Oberbürgermeisters der Stadt den Flugplatz Magdeburg zu schließen, sorgt nicht nur für Unverständnis bei den Unternehmern,



Eine wichtige Magdeburger Messe, die Air Magdeburg, eine Luftfahrtmesse mit internationaler Beteiligung hat sich am Standort Magdeburg etabliert. Tausende Besucher aus der ganzen Bundesrepublik kommen dazu in die Stadt.

Sportfliegern und Gewerbetreibenden, sondern ist darüber hinaus höchst unverantwortlich und geschäftsschädigend für die städtische Gesellschaft.

In der Stadt des Flugpioniers Hans Grade, der seine ersten Flugversuche in Magdeburg, damals noch auf

dem Flugfeld in Cracau unternahm, will der jetzige Oberbürgermeister eine zukunfts-trächtige Verkehrsinfrastruktur nunmehr dem Rotstift opfern. Die Beschlusslage des Stadtrates ist in der Mehrheit eine andere.

Ein mit Bürgerbeteiligung durchgeführtes Planfeststellungsverfahren, Ende der neunziger Jahre durchgeführt, genehmigt den Ausbau dieser wichtigen Verkehrsinfrastruktur im Rahmen der Daseinsvorsorge für die Region Magdeburg.

Investitionen sind getätigt worden,

Nutzer haben sich angesiedelt, Unternehmer setzen bei ihren Entscheidungen auf die Beschlusslage zum Ausbau. Die Polizeihubschrauberstaffel des Landes ist vor Ort stationiert. Für diese und den Geschäftsflugverkehr wurde auch die erforderliche Luftraumstruktur "F" geschaffen. Ein Verlust des Luftraumes "F" führt wahrscheinlich zur Verlagerung der Tiefflugstrecken der Bundeswehr über den Süden Magdeburgs, was das an Lärm bedeuten durften wir Magdeburger schon vor der Wende erleben.

Im Rahmen der regionalen Planungsgemeinschaft setzen die umliegenden Landkreise weiterhin auf die wirtschaftsfördernde Bedeutung des Business-Airport-Magdeburg. Besonders die im Ohrekreis florierende Wirtschaft setzt darauf. In Osterweddingen werben Firmen mit der Nähe zum Flugplatz. Die Gedanken des OB zur Schließung dürfen niemals Realität werden, sonst steht die Landeshauptstadt Magdeburg ohne die erforderliche Luftverkehrs-anbindung da.

*Reinhard Stern
Fraktionvorsitzender*

GUTES SPRICHT SICH RUM.



**APOTHEKE ANSORGE
MAGDEBURG**

Kostenlose Bestell- und
Liefer-Hotline: 0800 811 26 39

www.apotheke-ansorge.de

- im KARSTADT Magdeburg
- im SCHLACHTHOF-QUARTIER
- VERSANDHANDEL

ab 2. Mai Pharmazeutisches Ästhetikzentrum
im MARIETTA-QUARTIER